

Ralf Hoffrogge

Emanzipation oder Bildungslobby?

Die studentischen Proteste im Wintersemester 2003/2004

Im Winter 2003 war es mal wieder so weit: der gesammelte studentische Unmut über die Studienbedingungen an Deutschlands Universitäten entlud sich in einem bundesweiten Protest. Nach Großdemos und Protesten in Niedersachsen trat am 4.11 die Uni Frankfurt als erste Hochschule in den Streik, am 5.11 folgte die Technische Universität Berlin. Daraufhin breitete sich der Studierendenstreik schnell im ganzen Bundesgebiet aus und bewegte die Massen: Die Vollversammlungen an der Humboldt-Universität zu Berlin sprengten mit 5.000 Teilnehmern jeden Hörsaal und fanden im Innenhof statt, auf den Samstagsdemos in der Hauptstadt machten zeitweise über 30.000 Menschen ihrem Ärger Luft und forderten: Schluss mit Bildungs- und Sozialabbau.

Dabei schwappte den Protestierenden eine beachtliche Sympathiewelle entgegen: das Thema Bildungspolitik überholte in den Umfragen sogar zeitweise die Arbeitslosigkeit als drängendstes Problem der Politik.

Die jedoch blieb stur. Trotz aller Kreativität, trotz der Belagerung des öffentlichen Raumes durch studentische Aktionen kam es nicht einmal zu Lippenbekenntnissen oder gar ernsthaften politischen Zugeständnissen: in Berlin hält der rot-rote Senat an seinem drastischen Kürzungspaket für die Unis fest und plant weiterhin die Abschaffung des gebührenfreien Studiums per Studienkonto, und auch in anderen Bundesländern wurden weder Kürzungen noch Gebührenpläne zurückgenommen. Stattdessen forderte die SPD offen die weitere Hierarchisierung des Bildungswesens durch gezielte Förderung von sogenannten Elite-Universitäten. Diese Debatte überholte

in der Presse dann auch schnell den studentischen Protest. Irgendwie nimmt man sie nicht mehr ernst, die Studierenden: Klaus Wowereit, regierender Bürgermeister Berlins verkündete während der heißen Phase des Streiks öffentlich, er wolle die Sache „aussitzen“. Kanzler Schröder sprach sich zwar halbherzig gegen Studiengebühren aus, ein Politikwechsel jedoch blieb aus.

Waren die Proteste zu unrealistisch, zu „ideologisch“, hätte man sich lieber auf den kleinsten gemeinsamen Nenner „gegen Studiengebühren“ beschränken sollen? Oder waren die Proteste nicht radikal genug, waren sie der hilflose Ausdruck einer Mächtigen-Elite, die sich durch die schlechte Ausstattung der Universitäten in ihren Karriereträumen gefährdet sieht - in ihrer Verteidigung der bürgerlichen Wissenschaft ein im Grunde reaktionäres Unterfangen?

Zwei Pole deuten sich an: Studierendenlobby oder emanzipatorische Bewegung. Wie ist der aktuelle Protest einzuordnen? Zur Beantwortung dieser Fragen möchte ich eine kleine Bewegungsanalyse von innen liefern, eine Einschätzung der Proteste aus Sicht eines Berliner Aktivisten. Grundlage dieser Einschätzung soll ein kurzer historischer Abriss der Entwicklung von Universität und Studierendenbewegung sein - sie stellen die Ausgangsbasis des aktuellen Protestes dar. Insbesondere die Frage nach dem politischen oder emanzipatorischen Charakter des Geschehens kann nur an seinen historischen Vorläufern gemessen werden.¹

1 Ein historischer Vergleich studentischen Protestes von 1968 bis 1997 findet sich ausführlicher in meinem Aufsatz Hoffrogge (2003).

Aufstieg und Fall der linken Hegemonie an den Hochschulen

Jeder Protest von Studierenden (nicht nur) in Deutschland wird bald nach seiner Entstehung schon mit den sogenannten „68ern“ verglichen und muss sich an deren historischen Taten messen lassen. Verkannt wird dabei regelmäßig, dass jede Generation von Studierenden andere Universitäten und eine andere Gesellschaft vorfand, in der oder gegen die sie ihren Protest artikulierten.

Die Anfänge überregionaler studentischer Bewegungen beginnen in Deutschland mit dem Widerstand gegen die Napoleonische Besetzung und den Befreiungskriegen von 1813/1814. In der nun entstehenden bürgerlichen Nationalbewegung engagierten sich auch und gerade Studierende für bürgerlich-liberale Forderungen nach Pressefreiheit, nationaler Einheit, Abschaffung feudaler Privilegien und Sozialreformen.

Aber bereits durch der Entstehung dieser Bewegung als Abwehr gegen die französische Besetzung einschließlich ihrer fortschrittlichen Elemente wie etwa dem Code Napoléon war für die bürgerliche Emanzipationsbewegung die Nation und das Deutschtum viel eher ein Integrationsmoment als der Liberalismus. Nach der gescheiterten Revolution von 1848 verhohnte sich das Bürgertum endgültig mit dem preußischen Obrigkeitsstaat und vollzog nach der Reichsgründung 1871 auch dessen Wende zum Imperialismus mit.

Seit dieser Abkehr des deutschen Bürgertums von seinen liberalen Forderungen schiedেন auch die deutschen Studenten aus jeder progressiv zu nennenden Bewegung aus und erwiesen sich nicht nur als Stütze des deutschen Obrigkeitsstaates, sondern trieben dessen Weg in die Katastrophe aktiv voran. Bei Ausbruch des ersten Weltkriegs gab es statt organisierter Proteste nur patriotischen Jubel an den Universitäten. Auch der Siegeszug des Nationalsozialismus wurde von den meist in Burschenschaften und Corps

organisierten Studenten mitgetragen und aktiv vorangetrieben: bei den AStA-Wahlen an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität (heute Humboldt-Universität) erhielt der NS-Studentenbund bereits im Februar 1932 mit 65% der Stimmen die absolute Mehrheit.

Trotz Re-education und Entnazifizierung änderte sich die autoritäre Struktur der westdeutschen Universitäten nach Kriegsende nicht wesentlich. Professoren und Ordinarien, vielfach dieselben Personen wie vor 1945, schmückten sich weiterhin mit Titeln wie Exzellenz und Magnifizenz und entschieden im Alleingang über die Angelegenheiten der Hochschule.

Erst 20 Jahre später vollzog in Westdeutschland eine neue Studierendenbewegung den entscheidenden Bruch. Eine Generation nach dem Faschismus begann die Jugend Fragen zu stellen, erstmals seit über einem Jahrhundert gab es wieder eine emanzipatorische studentische Bewegung. Diesmal jedoch nicht auf Seiten des Bürgertums, sondern als Systemopposition von Links (vgl. Fichter/Lönnendonker 1977).

Waren anfangs noch inneruniversitäre Konflikte bestimmend, so weiteten sich die Proteste in Auseinandersetzung mit dem Vietnam-Krieg und den Notstandsgesetzen aus und radikalisierten sich (vgl. AStA FU 2002: 57-102). Nach den tödlichen Schüssen auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 kippte die Stimmung endgültig zugunsten der sozialistischen Fraktionen wie etwa dem SDS, der eine Vorreiterrolle übernahm.

Indem die „68er“ ihre Rolle als zukünftige gesellschaftliche Elite schlicht verweigerten, oder aber uninterpretierten im Sinne einer „sozialistischen Intelligenz“ wurden sie zur eigenständigen gesellschaftlichen Kraft. Die erste reine „Studentenbewegung“ begründete eine lange unangefochtene linke Hegemonie an den Universitäten der BRD. Die revolutionäre Naherwartung wurde jedoch bald schon enttäuscht und trieb die Bewegung auseinander, sie zersplitterte in diverse K-Gruppen und orthodoxe Sekten.

Dennoch wurde die deutsche Nachkriegsgesellschaft und mit ihr die Universität bleibenden Veränderungen unterzogen. Emanzipatorische Bewegung und die zunehmende Bedeutung der Wissenschaft für die Modernisierung der industriellen Produktion erzwangen die Öffnung der Hochschulen. Studiengebühren wurden abgeschafft, das BAföG eingeführt, die Hochschulen ausgebaut und den Studierenden gewisse, allerdings beschränkte Mitbestimmungsrechte eingeräumt.

Ende der Siebziger begann sich der Trend umzukehren: die Finanzmittel für die Hochschulen stagnierten, die Öffnung der Universitäten wurde jedoch beibehalten. Die Krise des Fordismus und die Antwort in Form von neoliberaler Sparpolitik erzeugten ein Phänomen, das seit dem Ende der achtziger Jahre zum hauptsächlichen Gegenstand studentischen Protests wurde: die unterfinanzierte Massenuniversität.

Waren es in den Siebzigern stets politische Anlässe wie etwa die Berufsverbote, gegen die sich studentische Streiks und Proteste richteten, so lösten seit dem bundesweiten Streik im Wintersemester 1988/89 allein die Überfüllung der Hochschulen, die Streichung von Stellen und die Schließung von Instituten Proteste aus.

Allerdings blieben die Studierenden hier nicht stehen. Besonders der Streik von 1988 entfaltete eine besondere politische Sprengkraft. Er verweigerte sich dem geliehenem Revolutionspathos der verbliebenen linken Splittergruppen und setzte eigene basisdemokratische Vorstellungen um. An der studentisch besetzten FU Berlin entstand für einen Winter in Form der „B²freien Uni“ eine regelrechte Räterepublik inklusive selbstverwaltetem Lehrbetrieb mit Hunderten von autonomen Seminaren (vgl. AStA FU 2004). Bereits damals machte sich jedoch eine Spaltungslinie innerhalb der Studierendenschaft bemerkbar. Die Forderung nach besserer Ausstattung, nach mehr Geld für die Universitäten in ihrer bisheri-

gen Form standen in offenem Widerspruch zu den weitergehenden politisch-emanzipatorischen Vorstellungen. Es wurde für bessere Studienbedingungen und bessere Ausbildung, demonstriert – andererseits sollten gerade diese gesellschaftlichen Anforderungen nach wertbarer, berufs- und arbeitsmarktorientierter Wissenschaft kritisiert werden.

Dieser zentrale Widerspruch ist Merkmal eines jeden rein studentischen Protestes. Die 68er lösten ihn, indem sie die Hochschulen verließen und gesamtgesellschaftliche Umwälzungen anstrebten. Die Entscheidung fiel ihnen leichter als uns heute, weil damals ein Phänomen wie „Akademikerarbeitslosigkeit“ noch unbekannt war. In Frankreich folgten im Mai '68 dann tatsächlich Generalstreik und Staatskrise, aber die revolutionären Hoffnungen erfüllten sich letztendlich weder in Paris noch in der BRD.

1989 ging der Streik auch an diesem Widerspruch zugrunde. Die Mehrzahl der Studierenden besann sich auf den Wert ihrer Ausbildung, der Streik bröckelte im Januar zunehmend, um dann ganz zu erschlaffen. Die Linken besannen sich auf Politikfelder außerhalb der Universitäten, um dann ab November selbigen Jahres ihre bislang größte Sinnkrise zu erleiden. Im nächsten bundesweiten Studierendenprotest im Jahr 1997 löste sich daher der Widerspruch schlicht durch die mehrheitliche Aufgabe der kritisch emanzipatorischen Ansprüche. Die einfache Forderung nach mehr Geld war der unüberhörbare und nahezu einzige Konsens des studentischen Protestes (vgl. Hoffrogge 2003: 82-91). Die linke Hegemonie, die 1967 begründet wurde, war dreißig Jahre später endgültig abhanden gekommen.

Kompensiert wurde dieser Verlust durch möglichst viele, möglichst bunte und öffentlichkeitswirksame Aktionen – tatsächlich erreichte dieser Protest eine Beteiligung und ein Presseecho, wie kaum eine studentische Regung vorher. Hunderttausende beteiligten sich an den Aktionen, nahezu jede gesellschaftliche Grup-

pe von der Gewerkschaft bis zur Kohl-Regierung äußerte „Verständnis“ für die Bedürfnisse der Studierenden. Dennoch blieb am Ende nur ein Hochschulsonderprogramm in Höhe von 40 Millionen D-Mark als Erfolg – durchschnittlich 20 Mark für jeden der damals 2 Millionen Studierenden.

Die revolutionäre Herangehensweise an das studentische Dilemma hatte 68ff den Kapitalismus zwar nicht umstürzen, aber doch die Gesellschaft verändern können. Die pragmatisch-lobbyistische hatte mit diesem Ergebnis selbst ihr niedrig gestecktes Ziel verfehlt.

Gegen Bildungs- und Sozialabbau

Die Auslöser der Streikbewegung im Wintersemester 2003/04 waren weitere einschneidende Mittelkürzungen an den Universitäten. In Pleiteländern wie Berlin fielen die Kürzungen mit Stellenstreichungen von bis zu 30% an den Universitäten besonders drastisch aus², aber auch im „reichen Süden“ regte sich studentischer Protest gegen den immer offeneren Rückzug des Staates aus der Hochschulfinanzierung. Im Rahmen dieses Prozesses erfolgt momentan in vielen Bundesländern der Einstieg in eine private Bildungsfinanzierung durch Studiengebühren (ein Überblick unter: www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/Zugriff: 8.2.04). Dieser erfolgt entweder durch die von der CDU propagierten „Langzeitstudiengebühren“ in Höhe von meist 500 Euro für Menschen ab dem 14. Semester (Hessen, Bayern), oder durch die von SPD und Grünen bevorzugten „Studienkonten“, bei denen ein bestimmtes Guthaben an Credit-Points gegen Lehrveranstaltungen eingetauscht werden kann. Ist das Anfangsguthaben verbraucht, können zusätzliche Credit-points nachgekauft werden – ebenfalls

für etwa 500 Euro pro Semester (Berlin, Rheinland-Pfalz, NRW). Besonders das Kontenmodell bedeutet den Schritt zur völligen Ökonomisierung des Studientags, muss doch für jede Veranstaltung eine Preis-Leistungs Abwägung getroffen werden (vgl. Himpele 2002). Dennoch wurde gerade dieses Modell zur sozialen Alternative gegenüber direkten Studiengebühren erklärt – und vom „sozialistischen“ Berliner Bildungssenator Flierl entschieden verteidigt. Explizit neoliberale Steuerungsmodelle sind somit in allen Parteien einschließlich der PDS hoffähig geworden.

Diese Tatsache macht einen Unterschied gegenüber den 97er Protesten. Damals war mit der konservativen Kohl-Regierung der Gegner klar, mit dem rot-grünen Regierungswechsel Anfang 1998 verbanden sich gerade unter Studierenden reale Hoffnungen auf einen Politikwechsel.

Diese Hoffnung können sich die Studierenden sechs Jahre später nicht mehr machen – die nahezu gleichlautenden Politikrezepte der etablierten Parteien schienen geradezu zum Widerstand und zur grundsätzlichen Strukturkritik zu drängen.

Betrachtet man die Forderungen und Resolutionen, so zeigte sich auch durchaus eine Analyse gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge. Die Resolution der Technischen Universität vom 5.11.2003 beschränkte sich zwar auf vornehmlich hochschulpolitische Themen: Verhinderung der geplanten Kürzungen und Einsparungen, Ablehnung von Studiengebühren einschließlich des in Berlin geplanten Studienkontenmodells, Einführung viertelparitätischer Mitbestimmung in den universitären Gremien. Den Abschluss bildete allerdings eine deutliche Ablehnung von „Bildungskürzungen Sozialabbau und Entsolidarisierung“ (vgl. *TU-Streik Info* Nr.1).

Am 24. November legte dann die im Streik befindliche Freie Universität Berlin ihre Forderungen vor und betonte den gesamtgesellschaftlichen Anspruch der

2 In Berlin gab es vielleicht auch deswegen bereits im Sommersemester 2003 eine heftige Protestwelle gegen die schon damals angekündigten Studiengebühren, vgl. Hoffrogge (2003b).

Proteste: „...so solidarisieren wir uns mit allen von den bundes- und senatspolitischen Sparplänen Betroffenen und lehnen es ab, die Einschnitte im hochschulpolitischen Bereich als singuläre Angelegenheit ohne weiteren sozialen Kontext zu begreifen“. Die Studierenden verweigerten eine Abwälzung der Kürzungen auf andere Gruppen und definierten ihren Streik als „Teil des berlinweiten, bundesweiten und europäischen Protests gegen Bildungs- und Sozialabbau“ (vgl. *StreikZeit* Nr. 2). Diese Präambel fand später Eingang in einen Berlinweiten Forderungskatalog, dem die Vollversammlungen aller drei großen Universitäten zustimmten.

Sei es durch die Erfahrungen des erfolglosen Streiks von 1997 oder durch die von allen Parteien gleichermaßen betriebene Spar- und Umstrukturierungspolitik: im Jahr 2003 zeigte sich gleich zu Beginn des Streiks eine gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung und Einordnung der eigenen Probleme.

Allerdings hatte man manchmal den Eindruck, dass die Resolutionen sich nicht ganz herumgesprochen hatten oder nicht verstanden wurden. Denn trotz aller verbalen Ablehnung der „neoliberalen Verwertungslogik“ versuchten viele Studierende immer wieder, ihre Nützlichkeit für Staat und Nation zu beweisen. So bezeichneten sich etwa die KulturwissenschaftlerInnen der HU Berlin in einer 24-Stunden Marathonvorlesung als „weiche Standortfaktoren“, auf einem Flugblatt streikender HistorikerInnen wurde die Bedeutung der Tätigkeit von GeschichtswissenschaftlerInnen „insbesondere im Außenministerium“ betont und auf keiner Demo fehlte das obligatorische Transparent „Deutschland bleibt dumm – wir sind dabei“ (vgl. Titelbild *Unicum* 1/2004).

Auch das demonstrative Mitführen von Pappsärgen („wir tragen die Bildung zu Grabe“) unterstrich wieder einmal wirkungsvoll den Habitus des beleidigten Intellektuellen und trug gleichzeitig die eigene Ohnmacht zur Schau.

Wie bereits 1997 wurde im aktuellen Protest von vielen AktivistInnen ihre Stellung in der Gesellschaft und die Rolle der Universität als Institution zur Elitenreproduktion nicht reflektiert oder aber stillschweigend akzeptiert. Stattdessen wurde wieder auf möglichst viele, möglichst „kreative“ und öffentlichkeitswirksame Aktionen gesetzt, um über ein positives Presseecho die Politik von ihrer vermeintlich irrationalen Haltung abzubringen.

Dabei besitzen die derzeit ablaufenden Transformationen eine ganz eigene Rationalität, eben die oftmals kritisierte Logik der Verwertung. Die Universitäten verlassen in diesem Prozess die staatliche Sphäre und treten direkt in einen marktförmig organisierten Wettbewerb. Nicht nur die universitär zugerichtete Arbeitskraft, sondern auch die modulare genormte Bildung wird zur Ware, die per Studiengebühr erworben werden muss. So werden letztendlich die Studierenden selbst durch ihre mit creditpoint-Kaufkraft ausgestattete Nachfrage dafür sorgen, dass nur noch direkt am Arbeitsmarkt verwertbare Bildungsinhalte angeboten werden. Die Sparpolitik hat hier nur eine Legitimationsfunktion, sie erzeugt den nötigen Druck, schafft Akzeptanz für die kapitalistische Landnahme im zu privatisierenden Bildungswesen (zur Transformation vgl. Bultmann 1996).

Im Protest wurde diese Transformation jedoch meist als rein fiskalischer Prozess wahrgenommen: es wird gekürzt, uns wird was weggenommen. Ein Musterbeispiel für diese eingeschränkte Wahrnehmung bildet ein Antragsentwurf der Grünen Hochschulgruppe an der FU Berlin. Sowohl die menschenrechtswidrige Ausländerpolitik als auch die repressive Drogenpolitik in der BRD werden allein aus finanziellen Überlegungen abgelehnt: sie sind zu teuer, man solle doch lieber in Bildung investieren. Politische Kategorien jenseits von Haushaltslogik kommen hier nicht vor (Beck/Gruner 2003).

Die vermeintliche Entpolitisierung von Entscheidungen, die Ideologie von Sachzwang und leeren Kassen bilden daher nach wie vor die mächtigsten Waffen zur Umsetzung eines neoliberalen Gesellschaftsprojektes. Diese Ideologeme finden ihre Entsprechung in einer Studierendenschaft, in der es nicht nur keine linke Hegemonie mehr gibt, sondern auch die Unterscheidungsfähigkeit zwischen Links und Rechts stark nachgelassen hat: in einer Umfrage aus dem Jahr 1996 sprachen sich 42% der „linken“ Studierenden dafür aus, das WissenschaftlerInnen sich mit ihrer Arbeit für die Sicherung des Industriestandortes Deutschland auseinandersetzen sollten (Demirović 1996: 384).

Stattdessen hat sich seit der Zeitenwende von 1989 eine Art postmoderner Meinungsppluralismus unter Studierenden etabliert: jeder darf mal reden, alle sind undogmatisch und erfrischend ideologiefrei. Die damit verbundene Abkehr vom orthodoxen Marxismus als steriler Dogmensammlung, die sich bereits in den antiautoritären Tendenzen des Streiks von 1988 abzeichnete, wäre ein Gewinn für studentische Bewegtheit. Nur leider schießen die Studierenden von heute in ihrer undogmatischen Haltung gerne auch mal übers Ziel hinaus: auf einer Vollversammlung der TU Berlin wurde tatsächlich eine Resolution gegen „sozialistische und kommunistische“ Flugblätter beschlossen, besonders Eifrige fingen gleich an, verdächtiges Schriftgut zu konfiszieren. Der Beschluss wurde zwar nicht veröffentlicht und bereits durch die nächste VV eine Woche später wieder aufgehoben, zeigte jedoch den mehr als unsicheren Stand emanzipatorischer Ideen. Die Abgrenzung nach rechts hingegen klappte nicht immer so recht. So wurde die Solidaritätserklärung des emeritierten Politik-Professors Fritz Vilmar mehrheitlich begrüßt. Obwohl Vilmar durch seine antiamerikanischen und nationalistischen Seminarinhalte, etwa zur „Amerikanisierung der Deutschen Sprache“, bereits seit längerem in der Kritik stand, gab er meh-

mehrere Veranstaltungen im Rahmen des Streiks (zur Debatte um Vilmar: http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2001/23/23b.htm, Zugriff: 8.2.2003). Bei der Band *Mia* und ihren Song „Was es ist“, einem poppigen Liebeslied über einen Neuanfang, wie zufällig assoziiert mit den Farben Schwarz-Rot-Gold, reagierten zumindest einige beherzt: ihren umstrittenen Auftritt auf einem Streik-Soli Konzert am 15.1. musste die Band wegen Protesten und Eierwürfen abbrechen (*StreikZeit* 10). Gleichzeitig kursierte zeitweise unter dem Titel „Einigkeit und Recht auf Bildung“ eine auf die Melodie des Deutschlandliedes gereimte „Streikhymne“.

Dieses absurde Beispiel zeigt vielleicht am besten die Heterogenität der Streikbewegung, die lediglich in der Ablehnung von Bildungsabbau, Studiengebühren und Sozialabbau eine vorerst negative Einheit fand. Die oft fehlende Kritik an Staat und Nation veranlasste dann auch größere Teile der verbliebenen studentischen Linken, sich aus den Protesten herauszuhalten – dadurch wurden diese allerdings auch nicht politischer oder aufgeklärter.

Offensichtlich haben die 90er Jahre eine bleibende politische Orientierungslosigkeit hinterlassen, die sich auch und gerade in studentischen Protesten widerspiegelt. Die infolge dessen weit verbreitete Vorstellung, allein durch kreative Aktionen und gute Presse ließe sich der bildungs- und sozialpolitische Kurs des Staates grundsätzlich verändern, erwies sich wie schon 1997 als Trugschluss und führte bei vielen AktivistInnen zu Enttäuschung und Resignation. Überhaupt lässt sich feststellen, dass der Studierendenprotest sich mehrheitlich auf einer rein symbolischen Ebene abspielte.

Diese Beschränkung auf symbolische Aktionen und die völlig abhanden gekommene Staatskritik sind sicher auch Gründe für das Scheitern studentischer Proteste in den Neunzigern. Zudem äußerten sich die Streiks seit den achtziger Jahren stets als heftige und spektakuläre, aber

eben kurzfristige und in ihren Zielsetzungen wenig radikale Ausbrüche, die meist nach wenigen Wochen in sich zusammenfielen. Auch deswegen meinen die herrschenden politischen Akteure von heute, sie könnten diese Bewegungen einfach „aussitzen“ und machen inhaltlich keinerlei Zugeständnisse. Ob sie damit weiterhin Erfolg haben, wird sich zeigen.

Denn neben den dominanten symbolischen Aktionen setzten entschlossene Teile der Studierendenschaft in den aktuellen Protesten immer wieder auf direkte Konfrontation: besonders in Berlin suchten sie die politischen Eliten und MeinungsmacherInnen auf, besetzten ihre Büros und brachten ihre Forderungen vor. Sowohl die PDS-Parteizentrale, als auch das Willy-Brandt-Haus, das Büro von Kultursenator Flierl und Finanzsenator Sarrazin, das rote Rathaus, die Bertelsmann-Zentrale unter den Linden und die taz-Redaktion in Berlin erhielten unerwarteten studentischen Besuch, in anderen Städten fanden ähnliche Aktionen statt. Manchmal wurden die Besetzungen nach einigen Stunden abgebrochen, ab und an wurden sie durch Polizeigewalt beendet. Oder die Forderungen wurden erfüllt: in der taz vom 16.12. erhielten die BesetzerInnen mehrere Sonderseiten, in denen sie nicht nur die Bildungspolitik, sondern auch die einseitige Berichterstattung der bürgerlichen Medien (einschließlich taz) heftig kritisierten.

Einen Höhepunkt dieser direkten Konfrontationen stellte sicher die Blockade des Berliner Abgeordnetenhauses am 15. Januar dar. Etwa 3000 DemonstrantInnen zogen einen Belagerungsring um das Parlament, um die Lesung des Haushaltes zu verhindern und eine Neuverhandlung über Sozialabbau und Kürzungen zu erzwingen. Nur dank massivem Polizeischutz konnte die Sitzung dennoch stattfinden.

Diese Aktion, die sich explizit nicht nur gegen Bildungsabbau, sondern gegen die gesamte unsoziale Sparpolitik der Stadt Berlin richtete, war ein praktisches Bei-

spiel für die notwendige Ausdehnung des politischen Widerstands. Dennoch folgten nur wenige Nicht-Studierende dem Aufruf. Offensichtlich müssen erst gemeinsame Kommunikations-, Widerstands- und vor allem Organisationsformen von Studierenden und anderen gesellschaftlichen Gruppen gefunden und aufgebaut werden. Auch, um von der negativen Einheit „gegen Sozialabbau“ zu positiven emanzipatorischen Zielen voranzuschreiten.

Studentischer Protest bleibt somit an sich widersprüchlich. Solange er nur an studentische Interessen gebunden bleibt, ist er notwendig elitär, lobbyistisch und in weiten Teilen wirkungslos. Will er sich zur emanzipatorischen und wirkungsmächtigen Bewegung auswachsen, so muss er ernsthaft (und nicht nur in Form von Solidaritätserklärungen), sich mit den Unterdrückten, Benachteiligten, Entrechteten verbünden und in eine gesamtgesellschaftliche Bewegung einmünden. Erste Ansätze dazu waren 2003 durchaus vorhanden, ihre Entwicklung bleibt abzuwarten. Denn angesichts der zunehmend globalen Verflechtung der Weltwirtschaft, der erst heute sich endgültig durchsetzenden kapitalistischen Totalität, ergeben sich trotz des scheinbar übermächtigen Gegners auch neue Chancen einer globalen Bewegung. Die Privatisierung und Inwertsetzung der Bildung, von Wasserwirtschaft, Gesundheitssystem und dem menschlichem Erbgut selbst folgen derselben Logik von Kapitalexpansion und Verwertung. Globalisiert sich der Widerstand weiter, integrieren sich studentische Proteste in diesen Widerstand, dann können sie ihren inneren Widerspruch überwinden und die Emanzipation des Menschen mit vorantreiben. Ansonsten sind sie nicht der Rede wert.

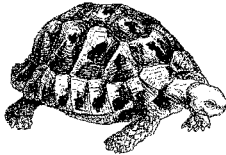
Literatur

AStA FU Berlin (2002): *Von der freien zur kritischen Universität*, Hochschulpolitische Reihe Band 9, Berlin.

- AStA FU Berlin (2004): *Kulturrevolution und Befreiung - Analyse der StudentInnenbewegung an der Freien Universität Berlin im Wintersemester 1988/88*, Hochschulpolitische Reihe Band 5 Berlin.
- Beck, Christian; Gruner, Inanna (2003): *Bildung gerecht finanzieren - Antrag der Grünen Hochschulgruppe zur FU-Vollversammlung am 1.12.2003*, <http://www.fu-gruene.de/finanz-position.htm> (Zugriff: 8.2.2004).
- Bultmann, Torsten (1996): Die standortgerechte Dienstleistungshochschule, in: *PROKLA* 104, S. 329-375.
- Demirovic, Alex (1996): Die politische Metapher „links“ und die politischen Orientierungen von Studierenden, in: *PROKLA* 104, S. 371-394.
- Fichter, Tilman, Lönnendonker, Siegwart (1977): *Kleine Geschichte des SDS*, Berlin.
- Dutschke, Rudi (1967): *Spiegel-Interview vom 10. Juli 1967*.
- Himpele, Klemens (2002): Modernes Bildungsprivileg, in: *Studienheft Bildungsfinanzierung*, S.8-12.
- Hoffrogge, Ralf (2003): '68, '88, '97 - von der Weltrevolution zur BAFöG-Reform, in: *Universität im Umbruch*, Hochschulpolitische Reihe des AStA FU Berlin, Band 11.
- Hoffrogge, Ralf (2003b): Politik und Hochschule im Sommersemester 2003, in: *Out of Dahlem* Nr. 2, http://www.astafu.de/inhalte/publikationen/outofdahlem_html (Zugriff: 8.2.2004).
- StreikZeit* - Neues zum Streik an der FU Berlin (2003/2004): Ausgaben 1-12 der FU-Streikzeitung unter http://jan.spline.de/streik/new_page/index.php?class=downloads (Zugriff: 8.2.2004).
- Vollversammlung der Studierenden der FU Berlin (2003): Resolution vom 24.11.2003, in: *StreikZeit* Nr. 1, oder: http://www.astafu.de/aktuelles/archiv/a_2003/presse_11-24a (Zugriff: 8.2.2004).
- Vollversammlung der Studierenden an der TU Berlin (2003): *Resolution vom 5.11.2003*, In: *TU-StreikInfo* Nr.1, oder: <http://asta.tu-berlin.de/streik/streik.html> (Zugriff: 8.2.2003).

express

PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de



ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

In der aktuellen Ausgabe
(1/04) u.a.:

- ◆ »Formal weiße Westen«. Konflikt in den türkischen Metro-Filialen spitzt sich zu
- ◆ »Fließendes Wasser«. Ein Gespräch mit türkischen Gewerkschaftern am Rande der tie/express-Konferenz
- ◆ »Weißwäscherei« - Proteste und Kritik: das Tomuschat-Gutachten und der Fall DC Argentinien
- ◆ »20 Jahre und kein Ende«. Fritz Stahl über einen internationalen Austausch zwischen DC-Beschäftigten
- ◆ »Schwellenrisse«. Martin Wicks zu Krise und Re-Verstaatlichung privatisierter Eisenbahn in Großbritannien
- ◆ »Call Center? Untersuchung? Kommunismus?«
Buchbesprechung und Kommentar von Max Müller

- Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (99 Vkt.)